

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden I – Mehr Schutz und Unterstützung für obdachlose Frauen* sicherstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich für eine Verbesserung der Lage und den Schutz von obdachlosen Frauen einzusetzen. Hierzu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Alle Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe sollen integrierte qualitätsgesicherte Gewaltschutzkonzepte erarbeiten. Der Senat soll verbindliche Standards für die Gewaltschutzkonzepte entwickeln.
2. Stationäre wie mobile Angebote der Wohnungsnotfallhilfe für obdachlose Frauen sollen gesichert und ausgeweitet werden. Die Bedarfe von besonders vulnerablen Gruppen wie trans, inter* und nicht-binäre Personen, Frauen mit Sucht- und psychischen Erkrankungen sowie Frauen* mit Haustieren sollen hierbei berücksichtigt werden. Der Senat wird diesbezüglich ersucht, aus den im Haushalt eingeplanten Mitteln eine weitere 24/7 Unterkunft zu finanzieren. Des Weiteren sind die Notübernachtung „Evas Obdach“ in Neukölln und der Tagestreff des Unterschlupf e. V. in Kreuzberg zu sichern, indem die landeseigenen Wohnungsgesellschaften bzw. sonstige dem Senat bekannte soziale Vermieter*innen geeignete Ersatzunterkünfte innerhalb beider Bezirke bis Ende 2025 zur Verfügung stellen.
3. In allen Unterkünften der Wohnungsnotfallhilfe sollen Menstruations- und Hygieneprodukte bereitgestellt werden.
4. Bestehende Beratungsangebote für Frauen*, insbesondere solche für Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt als auch Hilfen für Personen mit psychosozialen Problemen, sollen besser mit den frauen*spezifischen Angeboten der

Wohnungsnotfallhilfe verzahnt werden. Dies soll durch die Etablierung eines Runden Tisches oder eines Arbeitskreises erfolgen.

5. Es soll eine Studie „Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen*“ in Berlin durchgeführt werden. Der Fokus soll dabei auf besonders vulnerable Frauen*-Gruppen gelegt werden.
6. Im Projekt „Housing First für Frauen“ und im Geschützten Marktsegment sollen mehr Plätze für Frauen* geschaffen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 1. September 2025 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Obdachlose FLINTA*-Personen gehören zu den besonders vulnerablen Gruppen. Sie benötigen in der Regel spezifische Unterstützungsangebote durch die Wohnungsnotfallhilfe. Rund ein Drittel aller wohnungslosen Personen ist schätzungsweise weiblich. Häufig sind partnerschaftliche oder familiäre Gewalt zentrale Auslöser für den Wohnungsverlust. Studien zeigen, dass etwa 80% der wohnungslosen Frauen Gewalt erlebt haben.

Diese Erfahrungen setzen sich oft in der Wohnungslosigkeit fort, besonders für Frauen*, die auf der Straße oder in überwiegend männlich geprägten Unterkünften leben. Sie sind dort massiv von sexualisierter Gewalt bedroht. In gemischtgeschlechtlichen Unterkünften fehlt es häufig an Schutzmöglichkeiten, wodurch es wiederholt zu Übergriffen kommt. Frauen*, die Gewalt oder sexuellen Missbrauch erfahren haben, stehen oft ohne Unterstützung da und wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Gleichzeitig sind sie gezwungen, Abhängigkeitsverhältnisse einzugehen, die häufig mit weiteren Gewalt- und Missbrauchserfahrungen verbunden sind.

Viele Frauen* finden Unterschlupf bei Bekannten und leben so in „verdeckter Wohnungslosigkeit“. Diese Situation führt jedoch oft zu Abhängigkeitsverhältnissen und nicht selten zu weiteren Gewalterfahrungen. Zudem stehen Frauen* häufig vor der Entscheidung, entweder in gewaltbelasteten Partnerschaften zu verbleiben oder ihre Wohnungslosigkeit zu akzeptieren.

Gewalt gegen obdachlose Frauen* ist geschlechtsspezifisch. Sie erleben nicht nur häufiger Gewalt als Männer, sondern auch andere Formen wie sexuelle Belästigung, Übergriffe oder sexuelle Ausbeutung. Expert*innen gehen von einer sehr hohen Dunkelziffer aus. Viele Frauen* verdrängen ihre Erfahrungen aus Scham oder Angst und verbleiben in gewaltbelasteten Beziehungen.

Die bestehenden Hilfesysteme greifen oft nicht. So sind Frauenhäuser häufig nicht auf mehrfachbelastete Frauen* mit Suchtproblemen oder gesundheitlichen Einschränkungen vorbereitet. Gleichzeitig fehlt es an frauen*spezifischen Angeboten in der Wohnungsnotfallhilfe, insbesondere für Frauen* mit Kindern oder diejenigen, die anonymen Schutz benötigen.

Ein Ausbau der Wohnungsnotfallhilfe für Frauen* ist dringend erforderlich, um diese Versorgungslücken zu schließen. Dazu gehört zunächst die Erhebung und Auswertung von Daten, um Erkenntnisse über Vermeidungsstrategien, Präventionsbedarfe und Hilfsstrukturen bei drohender oder bestehender Obdachlosigkeit von Frauen* zu gewinnen. Aktuell fehlt es an diesem Wissen.

Darüber hinaus ist die Bereitstellung grundlegender Hygieneartikel, wie Menstruationsprodukte, in allen Unterkünften dringend erforderlich. Das Fehlen solcher Produkte erhöht nicht nur das Infektionsrisiko, sondern führt auch zu einem zusätzlichen Schamgefühl bei Betroffenen.

Die drohende Schließung langjähriger Einrichtungen wie „Evas Obdach“ zeigt, dass bestehende Angebote für Frauen* in Berlin gefährdet sind. Es braucht dringend eine Wohnungsnotfallhilfe, die spezifisch auf die Bedürfnisse dieser Gruppe eingeht und ihre Sicherheit, Gesundheit und Würde in den Fokus rückt. Nur durch die Anerkennung unterschiedlicher Bedarfe können Hilfsstrukturen geschaffen werden, die allen Betroffenen gerecht werden.

Berlin, den 17. Februar 2025

Jarasch Graf Kurt Haghanipour
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen